GEMEINDE-RATSAM

Kommunale Zeitung der SPD - Offene Liste
Nr. 31 September 2021

Aus der Zeit gefallen: Idee der B31 West

Die B31 West soll nun doch auf Merdinger Gemarkung gebaut werden. Für uns Merdinger*innen bedeutet dieser Trassenverlauf nicht nur die unmittelbare Zerschneidung unserer Natur- und Kulturlandschaft, sondern als zentrale Achse zwischen Bodensee und Colmar wird der Transitverkehr unsere Region auch vermehrt verlärmen. Eine Geräuschkulisse, die im gesamten Ort nicht nur hör- sondern auch spürbar sein wird, insbesondere am westlichen und nördlichen Ortsrand sowie in den erhöhten Wohngebieten Hinterhofen, Absthof und Biegärten.

Der Straßenbau wird sich aber auch in massiv gesteigerten Emissionswerten für unseren Ort niederschlagen. Darüber hinaus werden große Brückenbauwerke zukünftig das Ortsbild von Merdingen prägen.

Wenn wir die aktuellen Verkehrsbelastungen in Wasenweiler und Ihringen betrachten, zeigen die Verkehrsuntersuchungen, dass diese Ortsdurchfahrten nicht im erhofften Umfang entlastet werden. Das gleiche gilt für die weiteren Kaiserstuhlgemeinden. **Der Weiterbau der B31 West löst also nicht die Verkehrsprobleme der Region!**

In einem größeren Zusammenhang geht es aber nicht so sehr um die Trassenauswahl, sondern vielmehr um die Tatsache, dass die Straße überhaupt gebaut werden soll:

Erstens besteht schon eine Schnellverbindung zwischen Freiburg und Breisach über die A5 und B31a. Und zweitens wird mit dem Weiterbau eine Verkehrspolitik verkörpert, bei der einem immer stärker werdenden Verkehr mit immer mehr Straßen begegnet wird. Es ist lange bekannt, dass diese Rechnung nicht aufgeht und immer mehr Straßen einfach nur immer mehr Autoverkehr verursachen. So wird es auch bei der B31 West sein.

Tatsächlich steht das Vorhaben in einem scharfen Widerspruch zu den verkehrspolitischen Zielen, mit denen derzeit alle Parteien im Wahlkampf unterwegs sind. Es ist nur allzu bekannt, dass wir zur Erreichung der Klimaziele des Pariser Abkommens den Individualverkehr deutlich reduzieren müssen. Das erreichen wir aber sicher nicht, indem wir genau diese Art der Mobilität weiter fördern.

Stattdessen wäre es dringend geboten, den ÖPNV deutlich auszubauen und endlich attraktiv zu gestalten. Dies gilt ebenso für den Radverkehr. Allerdings werden sich entsprechende Planungen, für den Radschnellweg zwischen March und Breisach und auch zwischen Merdingen und Wasenweiler, verzögern, da sich diese den Planungen für die Bundesstraße unterordnen müssen.

Fortsetzung Seite 2

Liebe Leser*innen,

selten war das Editorial so kurz! Aber was willst du machen, wenn die Autor*innen viel zu schreiben haben und noch ein paar Bildchen rein sollen. Tja, dann muss sich hier kurz gefasst werden. Also - nach wie vor bewegen uns Verkehr und Klimaschutz sehr. Und natürlich unsere herzallerliebste Demokratie, auf die wir gut aufpassen und für die wir aktiv werden müssen! Zum Beispiel wählen gehen, oder das **GEMEINDE-RATSAM** lesen und besprechen und manchmal auch Unterschriften sammeln.

Kurz und bündig: Lesen, diskutieren, aktiv werden!

Viel Spaß mit unserem **GEMEINDE-RATSAM** !

Gemeinderäte und Team der SPD - Offenen Liste Merdingen

Impressum

Zeitung der
SPD - Offene Liste Merdingen

V.i.S.d.P.:
Bernd Trilling & Oswald Prucker

SPD OV Merdingen, Am Schlagbaum 32, 79291 Merdingen
Telefon:
0173/7032559
Email:
prucker@spd-merdingen.de
Homepage:
www.spd-merdingen.de

Fußgänger*innen-Rundgang - Reaktionen

Es gab viele weitere Hinweise, viel Lob aber auch kritische Stimmen zu unserer Aktion und zur allgemeinen Forderung nach mehr Verkehrsraum für Fußgänger*innen.
Die absolute Mehrzahl der Autofahrer*innen im Dorf ist mit der gebotenen Rücksicht unterwegs und das Miteinander, gerade in Straßen ohne Gehsteig, funktioniert gut. Aber manche haben wohl doch mehr Benzin im Blut als im Tank. Uns erzählten Mütter, wie Autos, wenn es eng wird, sehr rücksichtslos halb auf dem Gehsteig weiterfahren, ohne überhaupt zu bedenken, dass da vielleicht ein Kind aus dem Hoftor kommen könnte.
Das zeigt, wie richtig die Aktion ist, bei der es zum einen um den Schutz der schwächeren Verkehrsteilnehmer und zum anderen um die Mobilität von Fußgänger*innen mit Gehbehinderung, mit Rollator, mit Kinderwagen, usw. geht. Es ging uns darum, Schwachstellen zu erkennen und zwar besonders die, die sich vielleicht sogar auflösen lassen:
Verschiedentlich wurden Probleme mit dem Rollstuhl angezeigt. Schwierig wäre es beispielsweise beim Friedhof, wo dauerparkende Lieferwagen umkurvt werden müssen, und bei der Tunibergpraxis an der Langgasse, wo der Gehsteig zu hoch ist und eine Überquerungshilfe fehlt. Ein Zebrastreifen oder eine Fußgängerampel wurde auch weiter oben gefordert, d.h. im Bereich Kirche bis Stockbrunnen. Aber das ist ja schon ein Evergreen. Die „berühmt-berüchtigte“ Untere Verkehrsbehörde am Landratsamt wird da auch weiter blocken. Ein befreundeter Kommunalpolitiker hat dazu geraten, mal eine Unterschriftensammlung zu organisieren - wir haben ja gerade eine sehr erfolgreiche erlebt - dann würde es klappen. Eine solche Aktion müsste dann aber aus der Mitte der Bevölkerung kommen und mit „kreativen, flankierenden Maßnahmen“ bekräftigt werden.
Entlang der Langgasse gab es verschiedentlich Hinweise zu Stellen, an denen eine Bordsteinabsenkung für Kinderwagen, Dreiradfahrer*innen und Rollstühle angezeigt wären: So an der Ecke Wolfshöhle Richtung Dorf und an der Abzweigung Richtung Hinterhofen. Die Verlängerung der Sellingerstraße Richtung Gewerbegebiet/Sportzentrum wurde ebenso als gefährlich genannt. An dieser Stelle mahnen wir seit Jahren immer wieder Verbesserungen an, aber bis auf Lichtmasten vor rund neun Jahren ist da noch nichts verbessert worden. Fußgänger*innen und Radler*innen sollen sicher zum Sportzentrum kommen, es darf aber durch eine notwendige Verbreiterung keine Rennstrecke entstehen.
Viele der angeregten Maßnahmen sind vermutlich nicht direkt umsetzbar, aber wir werden sie uns merken und zur Sprache bringen, falls Sanierungen, z.B. in der Langgasse, anstehen, oder Themen wie Barrierefreiheit oder eine belebte Ortsmitte im Gemeinderat diskutiert werden.

Oswald Prucker und Bernd Trilling

B31 West

Fortsetzung von Seite 1
Ein Weiterbau der B31 West ist deshalb Verkehrspolitik von gestern, die zudem noch unfassbar viel Geld kostet. Die aktuelle Schätzung geht von 164 Millionen Euro aus. Dieses Geld wäre deutlich sinnvoller in eine Verkehrswende investiert. Wir fordern deshalb zusammen mit immer mehr Bürgerinitiativen und Verbänden der Region die nächste Bundesregierung auf, dieses Projekt zugunsten einer modernen und klimaorientierten Mobilitätsplanung zu stoppen.
Jede*r kann durch seine Stimme bei der Bundestagswahl dazu beitragen.

Stephanie Reisenberger und Oswald Prucker

Reizvoller kommunaler Klimaschutz

Die Zunahme von Naturkatastrophen durch die Erderwärmung ist nicht neu. Doch sie wird für uns alle immer greifbarer. Vor wenigen Wochen hat der Weltklimarat seinen neusten Bericht veröffentlicht. Der bis dato angestrebte Klimaschutz genügt nicht, um die Erderwärmung zu stoppen. Der Bericht zeigt eindringlich, dass wir JETZT reagieren und einen deutlichen Richtungswechsel vornehmen müssen. Das betrifft die Politik als Weichensteller, aber auch jeden einzelnen von uns. Der Klimawandel ist menschengemacht. Jeder Monat, jedes Jahr zählt.
Doch das Thema Klimaschutz wird von vielen Bürger*innen einfach nur als „alles wird dadurch teuerer“ und „immer mehr wird verboten“ wahrgenommen. Sollten wir in Anbetracht der Dringlichkeit des Themas daher nicht lieber über kommunale Anreize nachdenken. Denzlingen macht das schon seit einiger Zeit und fördert in nicht unerheblichem Maße private Klimaschutzmaßnahmen. Sie haben dazu einen umfangreichen Katalog entwickelt, der sich in vier Bereiche gliedert. Wer es genau nachlesen möchte, der wird unter diesem Link fündig: https://is.gd/denzlingen.
Gefördert wird zum Beispiel Photovoltaik von der Balkonanlage bis zum Speicher. Oder wer ein Auto stilllegt, kann einen Zuschuss zu einem E-Bike oder ein Jahresabo für die Regiokarte erhalten. Und es gibt noch viele weitere Anreize und Förderungen.
Im Nachhinein betrachtet, hätten wir in Merdingen schneller abkupfern und solche Kriterien in unser Städtebauförderungskonzept aufnehmen sollen. Vielleicht können wir das aber auch noch nachholen oder wir machen ähnliches einfach unabhängig davon.
Angesichts unseres Dauerbrennerthemas „Parken“ wäre es bestimmt eine gute Idee, eine Abwrackprämie, wie oben beschrieben, anzubieten. Um dann weiter zu machen mit weiteren Anreizen für kommunalen Klimaschutz.

Oswald Prucker und Stephanie Reisenberger

Aus der Region, für die Region: Julia Söhne

Julia Söhne auf dem Merdinger Weinfest

Gemeinde-Ratsam: Sie kandidieren bei uns in der Region für die SPD für den Bundestag und möchten das Direktmandat gewinnen. Erzählen Sie uns doch erstmal ein bisschen was über sich.

Julia Söhne: Ich bin ein echtes Kind der Region. Meine Familie wohnt am Kaiserstuhl, in der March und im Vauban, und dort verbringe ich jeweils auch viel Zeit. Genau dort bin ich auch zur Politik gekommen und zwar schon im Alter von vierzehn Jahren. Da ging es dann um marode Schulen oder G8 und abseits der Schule um schlechte Busverbindungen von Freiburg ins Umland. Wir kamen abends vom Feiern einfach nicht mehr nach Hause. Erst später kamen dann andere Themen dazu.

Gemeinde-Ratsam: Und wie sind Sie zur SPD gekommen?

Julia Söhne: Ich bin mit sechzehn Jahren der SPD beigetreten, der Weg in diese Partei war aber nicht vorgezeichnet. Bei den Jusos traf ich einfach auf ein lebendiges Team, bei dem ich mich sehr wohl gefühlt habe. Heute bin ich froh, dass ich diesen Weg so gegangen bin, weil die Konzepte der SPD auch Lösungen für die Probleme in meinem persönlichen Umfeld und der Region anbieten.

Gemeinde-Ratsam: Was ist Ihr absolutes Hauptthema?

Julia Söhne: Mein großes Thema ist bezahlbarer Wohnraum. Dieses Thema gilt nicht nur für die Stadt, das Problem ist für den ganzen Wahlkreis zentral. Für viele Menschen wird es immer schwieriger, bezahlbaren Wohnraum zu finden oder sich gegen überhöhte Mietforderungen zu wehren. Schnell zu lösen ist das Problem nicht, Wohnungen fallen nicht vom Himmel, aber ich werde mich, so wie jetzt schon in Freiburg, dann auch in Berlin für stärkere Anstrengungen in dieser Sache einsetzen.

Gemeinde-Ratsam: Was können Sie da in Berlin bewirken, was vor Ort nicht geht?

Julia Söhne: In Freiburg bin ich zum Beispiel als Mieterbeirätin beim Bauverein Breisgau aktiv, der ja auch in Merdingen drei Häuser unterhält. Da kann ich aber nur lokale Fragestellungen beeinflussen. Die Entscheidungen für Fortschritte in der Wohnpolitik fallen im Bundestag. Das geht nur mit mehr Geld für den sozialen Wohnungsbau, einer Mietpreisbremse und stärkeren Instrumenten für Kommunen, um z.B. Leerstand entgegenzutreten.

Gemeinde-Ratsam: Was machen Sie in Ihrer Freizeit?

Julia Söhne: Sehr wichtig ist mir das Handballspielen. Da bin ich seit meinem fünften Lebensjahr dabei. Dazu hat mich meine Mutter motiviert, die auch aktive Handballerin war. Derzeit spiele ich in der dritten Mannschaft der HSG Freiburg, die in der Landesliga Süd ist. In der Mannschaft bin ich Kapitänin und übernehme im Vorstand als stellvertretende Vorsitzende der HSG Freiburg seit zehn Jahren Verantwortung.

Gemeinde-Ratsam: Und wie kann man Sie wählen?

Julia Söhne: Ich bewerbe mich bewusst um das Direktmandat, weil ich als Person überzeugen möchte. Das ist ein Weg, um der Entfremdung zwischen Politik und Bürgerschaft entgegenzuwirken. Wer mich wählen möchte, muss mir also die Erststimme geben.

Gemeinde-Ratsam: Vielen Dank für das Interview und viel Erfolg bei der Wahl!

Oswald Prucker

Steckbrief

Julia Söhne (27) arbeitet als Wissenschaftlerin an der Freiburger Uni. Davor war sie für zwei Jahre für die Öffentlichkeitsarbeit bei der Katholischen Akademie zuständig. Sie wurde 2014 in den Freiburger Gemeinderat gewählt und ist dort seit zwei Jahren Fraktionsvorsitzende und Aufsichtsratsmitglied der Freiburger Stadtbau. Sie ist in Freiburg geboren, im Kaiserstuhl aufgewachsen und hat am Wentzinger-Gymnasium Abitur gemacht. Sie hat dann zunächst Jura und später Politik studiert. Seit 2019 ist Julia Söhne verheiratet und lebt mit ihrem Mann im Stühlinger.

Aufpassen auf die Demokratie

Im letzten Jahr gab es einige Ereignisse im Merdinger Gemeinderat, die mir aus demokratischer Sicht Bauchschmerzen bereitet haben.
Zunächst gab es Entscheidungen um ortsbauliche Festlegungen, bei denen aus Befangenheitsgründen fast der komplette Gemeinderat im Zuschauerraum saß. Rein rechtlich korrekt, da Befangenheit bis zum dritten Verwandschaftsgrad gilt. Aber wenn es um eine Entscheidung geht, die die Hälfte der Ortsfläche betrifft, dann wird in einem Dorf der Größe Merdingens nahzu jede*r Gemeinderät*in jemanden haben, der*die betroffen ist. Wie fundiert ist da eine demokratische Mehrheitsentscheidung noch?
Umgekehrt erging es bei der Entscheidung zum Jan-Ullrich-Bikezentrum. Hier war niemand nach den oben genannten Regeln befangen. Bei der folgenden Unterschriftensammlung gegen einen Glücksspielbetrieb fiel aber an vielen Haustüren der Begriff „Klüngel“. Das heißt, eine Reihe von Bürger*innen vermutete eine Beziehung zu bzw. Einfußnahme von Investoren auf Gemeinderät*innen. Aber genau das soll ja eigentlich eine Befangenheitsregel verhindern. An der Stelle hätte der ein oder die andere etwas sensibler agieren und auch ohne Verwandschaftsgrad eine Befangenheit einräumen können. Aber auch hier gilt, in einem Dorf wie Merdingen, kennt jede*r jede*n, Gemeinderät*innen sind in vielerlei Vereinen und anderen Kon-

stellationen engagiert, es wird miteinander gesprochen und so bilden sich dann Meinungen. Aber es gibt einen Unterschied zwischen Meinungsbildung und externer Einfußnahme.
Ja und dann gab es diese Unterschriftensammlung, bei der sich eine Breite Mehrheit der Bevölkerung innerhalb von nur zwei Wochen gegen einen Glücksspielbetrieb aussprach. Es haben nicht nur sehr viele Menschen unterschrieben, sondern es sind auch eine erhebliche Anzahl an Merdinger Bürger*innen selbst aktiv geworden. Wie schön, dass es in unserer Demokratie eine solche Möglichkeit gibt und dass sich so viele in „ihre“ Kommunalpolitik eingemischt haben.
Diesem Bürger*innenvotum hat der Gemeinderat dann auch entsprochen und sich gegen den Glücksspielbetrieb ausgesprochen. So weit, so gut. Dass dann aber ein Gemeinderat diesen demokratischen Prozess versuchte schlecht zu reden, von heuchlerischen Argumenten, von Nestbeschmutzung und von Nötigung sprach, lässt an seiner demokratischen Basis zweifeln.
Ich glaube, dass wir alle sehr froh sind in einer stabilen Demokratie zu leben. Aber egal ob Entscheidungen vorbereitet oder getroffen werden, uns allen muss immer bewusst bleiben, dass dieses Pflänzchen gepflegt werden muss, dass niemand es links liegen lassen darf und dass niemand darauf herumtrampelt.

Bernd Trilling

Wohin geht die Reise und vor allem womit?

Man kann sich schon wundern, dass alles Geld und Know-how in die Elektromobilität gelenkt wird. Jedes neue Fahrzeug soll bis in ein paar Jahren elektrisch unterwegs sein. Wie wir uns in Zukunft generell umweltfreundlicher fortbewegen wollen, steht nicht zur Debatte, nur das Wie.
Die Idee, elektrische Autos zu bauen, gab es schon vor Jahren im Schwarzwald mit dem „Hotzenblitz“ (dt. Elektroauto, von 1993 bis 1996 produziert). Jetzt, Jahrzehnte später, werden uns Elektroautos als der allein glückseelig machende Ersatz für die Verbrennungsmotoren angeboten. Aber solange es sparsame Diesel gibt, darf man gerne hinterfragen, welche Lobby diese einseitige Entwicklung beeinflusst. Wie giftig und schadstoffreich die Abgase den Auspuff verlassen, möchte ich an dieser Stelle nicht bewerten. Genauso wenig wie die Umweltbelastung durch den Reifenabrieb, dem der Antrieb völlig egal ist.
Die Entwicklung von Wasserstoff betriebenen Fahrzeugen ist nicht stehen geblieben. Da gibt es interessante Ansätze. Zum Beispiel Wasserstoff zu binden mit der Technik „LOHC“. Einfach beschrieben: Wasserstoff wird mit einem Trägermaterial gebunden und damit die Nachteile, Explosionsgefahr und sehr hoher Druck im Behälter, verbannt. Derzeit ist diese „LOHC“ Technik nur für sehr große Anlagen geeignet. Aber das wäre doch zu schön, wenn aus dem Auspuff nur Wasser kommen würde.
Bei der Elektromobilität ist der Akku das Problem. Die Reichweite ist nicht die Schwierigkeit sondern die benötigten Rohstoffe. Zur Herstellung kleiner leistungsfähiger Batterien wird Lithium verwendet - giftig, brandgefährlich und nur verfügbar bis 2050. Berichte zur Umweltbelastung, die bei der Gewinnung des Rohstoffs entstehen, gibt es leider zur Genüge.
Die Entwicklung darf nicht nur in eine Richtung gehen - das war noch nie gut. Wenn Geld und Macht richtig eingesetzt werden und dann noch der politische Wille hinzu kommt, ist fast alles möglich. Das Ziel unsere Erde unseren Nachfahren lebenswert zu überlassen, ist definiert. Deshalb sollten wir alle bereit sein, dazu etwas beizutragen.

Patrick Schopp

Ist das wirklich die alleinige Lösung?